Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 80 (1986)
Heft: 12

Rubrik: Zeichen der Zeit : die Welt am Jahresende

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zeichen der Zeit
Die Welt am Jahresende

Widersprüchlich sind die Zeichen am Ende dieses Jahres. Es gibt solche, die nach wie vor in den ökologischen Abgrund weisen. Ich habe sie nach der Challenger-Explosion und nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl die «Menetekel der Grosstechnologie» genannt (NW 1986, S. 157ff.). Und nun kommt die neuste Katastrophenmeldung gar noch aus unserem eigenen Land. Kaum weniger beängstigend ist der geistige Abgrund an politischer Unkultur, der sich nach dem 8. Mai 1985 in der benachbarten Bundesrepublik auftut (NW 1985, S. 175ff.), ein Trend, den der real existierende Bundeskanzler mit seinen Äusserungen über den Generalsekretär der KPdSU fortschreibt. Wieder andere Zeichen eröffnen Perspektiven der Hoffnung. Zu ihnen zähle ich eine bedeutsame Wandlung im Ost-West-Verhältnis, die sich dank endlich niedergehender Reagan-Aera und endlich neuer Politik der Sowjetführung abzeichnet.

«Das Tschernobyl der Wasserwirtschaft»

Stellen wir uns vor, die jüngste Chemiekatastrophe hätte sich in der Sowjetunion ereignet. Wie hätten sich doch Politiker und Experten hierzulande empört gezeigt über die fehlende Kontrolle und Information in den Oststaaten, ja über die Menschenverachtung des «kommunistischen Systems», das sich über die primitivsten Sicherheitsbedürfnisse hinwegsetze. Sie hätten uns vordoziert, eine solche Katastrophe könnte sich in der Schweiz mit ihrem hohen Sicherheitsstandard nicht ereignen. Zwar gebe es ein Restrisiko in jeder Grosstechnologie. Aber schliesslich habe man seit «Seveso» dazugelernt. Usw.

Und nun ist eingetreten, was ein gleichgeschaltetes Bewusstsein vor lauter ideologischer Selbstgefälligkeit nicht für möglich hielt. In der Nacht vom 1. auf den 2. November hat ein Grossbrand das Werk Schweizerhalle der Firma Sandoz eingeäschert und dabei einen unberechenbaren Giftcocktail in die Luft geschleudert. Was da explodierte, loderte oder schwelte, waren 824 Tonnen hochwirksame Insektizide, 71 Tonnen Herbizide und 12 Tonnen – illegal gelagerter – leicht brennbarer Lösungsmittel. Die grösste Katastrophe entstand jedoch durch die Löscharbeiten, die 34 Tonnen Agrochemikalien und 200 Kilogramm Quecksilber in den Rhein schwemmten. Der vielbesungene Strom begann sich blutrot zu färben. Sein Tier- und Pflanzenleben wurde weitgehend zerstört. Es ist nicht auszudenken, welches Inferno entstanden wäre, wenn das Löschwasser auch die chemischen Stoffe erreicht hätte, die in nächster Nähe des Brandherdes lagerten, darunter das Lungengift Phosgen.

Die «Unfallserie» wollte nicht abreissen. Ciba-Geigy leitete gleich noch 400 Liter des hochgiftigen Pflanzenschutzmittels Atrazin in den Rhein und belastete wenig später Basels Umwelt mit einer Phenolwolke. Auch die Siegfried AG, eine weitere Schweizer Firma, musste den Austritt von Phosgengas aus ihren Produktionsanlagen bekanntgeben. Da war es nurmehr ein makabrer Trost, dass sich deutsche Chemiekonzerne wie BASF und Hoechst mit zusätzlichen Katastro-

phenmeldungen anschlossen.

«Unser Ruf als sauberes, wohlorganisiertes, in Umweltschutzbelangen fortschrittliches Land hat Schaden genommen», klagte die NZZ (15./16. November). Nichts schien mehr zu funktionieren, nicht einmal die Information. «Da wurde im schlimmsten ukrainischen Stil abgewiegelt, desinformiert, Information zurückgebunden», schrieb Joschka Fischer, Hessens grüner Umweltminister, in der «Weltwoche» (20. November). Was einem «kommunistischen Staat» als systemtypischer Schlendrian angekreidet worden wäre, das hatte sich ausgerechnet in der Schweiz ereignet. Die Kölner nannten die Katastrophe «das Tschernobyl-Erlebnis der Wasserwirtschaft», und die Basler sprachen kurz von «Tschernobâle». Tschernobyl und Basel wurden Symbole einer selbstzerstörerischen Gigantomanie. War Tschernobyl ausersehen, «das grösste Kernkraftwerk der Welt zu werden», so hiess es bei Sandoz: «Wir möchten überall Nummer eins sein.» Beide haben sie den einen Superlativ erreicht, für die schlimmsten Umweltkatastrophen dieses Jahres verantwortlich zu sein.

Wie weiter? 36 Milliarden Umsatz und zweieinhalb Milliarden Gewinn weisen Basels Chemiekonzerne aus. Dagegen ist schwer anzukommen; denn 35'000 Menschen leben mit ihren Familien von diesem Wirtschaftszweig. Dennoch protestierten auch viele von ihnen eine Woche nach der Katastrophe in Basels Innenstadt. Leben und Lebensqualität wurden plötzlich wichtiger als Lebensstandard und Profit. Vor allem die junge Generation sagte den Chemiegiganten so unmissverständlich den Kampf an, dass Felix Mattmüller auf dem Marktplatz feststellen konnte: «Für mich als älteren Menschen ist es ein Lichtblick, dass in dieser politischen Betonlandschaft Schülerinnen und Schüler ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen.»

Um ihr Schicksal in Richtung sanftere Chemie zu wenden, müssten die betroffenen Arbeitnehmer und die betroffene Bevölkerung die wirtschaftlichen Entscheidungen in der chemischen Industrie endlich mitbestimmen und kontrollieren können. Der Präsident der Gewerkschaft Textil, Chemie, Papier (GTCP) hat an einer Pressekonferenz vom 2. Dezember mit Recht ausgeführt, die Arbeitsplätze in der chemischen Industrie seien nicht durch diese Mitbestimmung gefährdet, sondern «durch Missmanagement und einzig auf die grösstmögliche Rentabilität ausgerichtete Unternehmensführung». Darüber hinaus benötigen wir eine Gesetzgebung, die jene Chemieherde verbietet, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen gefährden. Was da an todbringenden Giften den Rhein hinunterschwamm, wäre für Äcker und Wiesen bestimmt gewesen. Als ob es da langfristig mehr dem Leben hätte dienen können. Oder der Dritten Welt.

«Die Gnade der späten Geburt»

Wie sehr der Antikommunismus eine deutsche Lebenslüge geworden ist, hat im Vorjahr der Gedenkanlass in Bitburg gezeigt, den die Bonner Regierung zum 8. Mai mit US-Präsident Reagan über SS-Gräbern zelebrierte. Die Besiegten des Zweiten Weltkriegs verdrängen ihre Vergangenheit, indem sie sich mit den (westlichen) Siegern zum Kampf gegen den Kommunismus als gemeinsamen Feind verbünden. Das «Reich des Bösen» wiegt offenbar alle Nazigreuel auf, macht sie gar entschuldbar. Unter dem Oberbegriff des «Totalitarismus» werden Kommunismus und Faschismus einander moralisch gleichgestellt. Wer daher heute gegen den Kommunismus kämpft, der braucht seine faschistische Vergangenheit nicht mehr zu verarbeiten. Er zeigt ja, dass er den «Totalitarismus» ablehnt, dass er «Demokrat» geworden ist. Eben darin offenbart sich die Lebenslüge: Antikommunismus bricht nicht mit faschistischer Vergangenheit, sondern steht in ihrer Kontinuität.

Um sich gar nicht erst mit faschisti-

scher Vergangenheit befassen zu müssen, hebt Bundeskanzler Kohl neuerdings die «Gnade der späten Geburt» hervor. Nichts wäre gegen dieses Wort einzuwenden, wollte er damit sagen, dass er nicht wissen könne, wie er sich selbst verhalten hätte, wenn er zur Zeit des Nationalsozialismus alt genug gewesen wäre, um als Mitläufer in Frage zu kommen. Doch bei Kohl hat das Wort nicht diesen präzisen Sinn (wie z.B. bei Günther Gaus). Er will damit Vergangenheit nicht verarbeiten, sondern als erledigt abschreiben. So aber muss sie den, der sie verdrängt, früher oder später wieder einholen. Kohls Interview mit der amerikanischen Zeitung «Newsweek» brachte es an den Tag, als er darin den fatalen Vergleich zwischen dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow und dem NS-Propagandisten Goebbels einbrachte. Der Sohn eines Volkes, das 20 Millionen seiner besten Söhne und Töchter im Kampf gegen den Nationalsozialismus opferte, wird auf dieselbe Stufe gestellt wie der Kriegshetzer, der zu diesem Völkermord anstiftete. So will der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland «die Dinge auf den Punkt bringen».

Kohls Beleidigung gegenüber Gorbatschow, für die er sich nicht einmal entschuldigen will, steht durchaus nicht isoliert da. Während seines letzten USA-Aufenthaltes zog der Bundeskanzler auch den nicht weniger peinlichen Vergleich zwischen dem Gipfeltreffen in Reykjavik und «München 1938». Damit sollte Reagan wohl ermahnt werden, ja nicht auf die «kommunistische Propaganda» hereinzufallen. Als ob sich die sowjetische Aussenpolitik nur entfernt mit dem kriegslüsternen Expansionsdrang des NS-Regimes vergleichen liesse. Und als ob Reagan sich zu Gorbatschow verhielte wie Chamberlain/Daladier zu Hitler. Auf einer Wahlkundgebung vom 20. November fügte Kohl seinen beiden Vergleichen noch einen dritten hinzu: «Die sowjetischen Führer waren immer Realisten. *Das* ist der entscheidende Unterschied zu den braunen Abenteurern, die von 1933 bis '45 Deutschland regierten.» Weitere «entscheidende Unterschiede» können nicht sein, da sie für diese unausgegorene Totalitarismustheorie nicht sein dürfen.

Kohls Vergleiche passen ins ideologische Umfeld der heutigen Revisionismustendenzen unter deutschen Historikern. Professoren wie Ernst Nolte aus Westberlin relativieren neuerdings den Mord des NS-Regimes an sechs Millionen Juden, indem sie ihn in eine Reihe mit andern Vernichtungsaktionen der Geschichte stellen, z.B. mit dem türkischen Völkermord an den Armeniern, vor allem aber mit dem Archipel Gulag. Nolte bringt das auf die absurde These, dass «Katyn ursprünglicher war als Auschwitz». Dadurch soll das NS-Regime «normalisiert», in einen historischen Zusammenhang «eingeebnet», wenn nicht gar aus ihm «erklärt» werden. Die Einmaligkeit des rassenideologisch begründeten, bürokratisch geplanten und fabrikmässig durchgeführten Mordes an einem Volk reduziert sich auf den zwar bedauerlichen, letztlich aber eben doch «normalen» Gang der Geschichte.

Die Pointe dieses Revisionismus aber ist, dass er sich in der aktuellen Diskussion nicht mehr gegen den Nationalsozialismus, sondern gegen den Kommunismus kehrt. Wenn nämlich der Kommunismus das NS-Regime überlebt, gar überwunden hat, obschon er genauso schlecht ist wie dieses, dann muss ihm heute zumindest ideologisch der Krieg erklärt werden. Womit sich die verdrängte Vergangenheit wieder meldet. Wir sollten die Dinge wirklich auf den Punkt bringen: Deutsche Vergangenheit «bewältigen», das hiesse, auch von jenen sprechen, die mit bemerkenswerter Kontinuität zuerst Hitler und dann die CDU/CSU finanzierten. Aus deutscher Vergangenheit die Lehre ziehen, das hiesse insbesondere, ein System überwinden, das zwangsläufig Antikommunismus hervorbringen und selbst für Faschismus

immer wieder anfällig werden muss. Max Horkheimer hat den Punkt geortet in seinem berühmten Diktum: «Vom Faschismus soll schweigen, wer vom Kapitalismus nicht reden will.» Diejenigen, die über den Kapitalismus nicht reden wollen, schweigen tatsächlich vom Faschismus. Nur eben anders, als Horkheimer dies meinte. Dialektik übelster Art tritt zutage: Je mehr die faschistische Vergangenheit verschwiegen, verdrängt oder – was faktisch auf dasselbe hinausläuft – «normalisiert» wird, desto mehr kehrt sie zurück.

Wandlungen im Ost-West-Gegensatz

Die Regierung der Vereinigten Staaten, die den Antikommunismus auf seine primitivste und zugleich gefährlichste Spitze getrieben hat, wird zur Zeit von einem unglaublichen Politskandal erschüttert. Die geheimen Waffenlieferungen an den «Erzfeind» Khomeiny widersprechen den höchsten Prinzipien, die sie bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit beschwört. Durch diesen Deal sollten die von proiranischen Gruppen festgehaltenen Amerikaner im Libanon freikommen – eine Sünde wider den Geist oder Ungeist einer Administration, die von allem Anfang an erklärte, sie werde niemals mit «Terroristen» (oder wen sie dafür hält) verhandeln. Das Reagan-Regime hat aber nicht nur Waffen an einen Staat verkauft, den es selbst des «Terrorismus» bezichtigt, es hat darüber hinaus Millionen von Dollar aus der Schatulle des Ajatollah dafür verwendet, die nicaraguanischen Contras etwas ausserhalb der Legalität zu finanzieren. (Die Transaktion lief über den Finanzplatz Schweiz, der sich offenbar gerne dazu hergibt, solche Beihilfe an den internationalen Terrorismus zu leisten, sofern dieser von der rechten Seite ausgeht. Hat jemand etwas von «distanzieren» gesagt?)

Der zynische Umgang mit den eigenen Prinzipien und Gesetzen scheint nun selbst dem Volk der Vereinigten Staaten die Augen für den wahren Charakter seiner Regierung zu öffnen, nachdem es schon bei den Kongresswahlen vom 4. November die «Reagan-Revolution» mit einem massiven Fragezeichen versehen hatte. Das ominöse Wort «Irangate» macht die Runde. «Die ganze Nicaragua-Politik der Administration scheint einen schweren Schlag erlitten zu haben», klagt das Neue Contra-Blatt an der Zürcher Falkenstrasse (27. November). Hoffen wir, es bleibe dabei und Reagan lasse sich nun nicht erst recht zu einer «Entlastungsoffensive» gegen Nicaragua hinreissen.

«Unsere gemeinsame Aussenpolitik ist in Unordnung», meint der künftige Vorsitzende des Senatsausschusses für Militärfragen, Sam Nunn (TA, 21. November). Wie um diese Kritik zu bestätigen, nutzte Reagan den Schatten der Irankrise, um die Rüstungsbegrenzungen des Salt-II-Abkommens zu durchbrechen. Am 28. November wurde die vertragliche Grenze von 1320 strategischen und nuklearen Trägersystemen durch einen weiteren mit Cruise Missiles bestückten B-52-Bomber überschritten. Damit zeigte die Reagan-Administration von neuem, dass sie nicht ernsthaft an Abrüstung denkt.

Das zeigte sie schon am Zweiergipfel vom 11./12. Oktober in Reykjavik. Wurde uns Westeuropäern eben noch eingehämmert, die «Nachrüstung» diene einzig und allein dem Zweck, die Sowjetunion aus einer Position der Stärke heraus zum Abzug ihrer Mittelstreckenraketen zu zwingen, so wussten die Amerikaner in Reykjavik nur mit «no» zu antworten, als Gorbatschow ihnen die Verschrottung aller Mittelstreckenraketen in Europa – mitsamt der Reduzierung der strategischen Atomwaffen auf beiden Seiten um 50 Prozent – vorschlug. Vor allem Reagans Festhalten an SDI musste das Treffen zum Scheitern bringen. Wie könnte die Sowjetunion einem Raketenabwehrsystem der USA zustimmen, durch das sie erpressbar würde?

Inwieweit sind nun aber die sowjeti-

schen Abrüstungsvorschläge ernst zu nehmen? Sind sie ehrlich gemeint, ehrlicher als die westliche Verhandlungsstrategie? Fest steht, dass die Sowjetführung die Abrüstung braucht, weil nur diese die Geldmittel freigibt, die für die Modernisierung der Wirtschaft und die Steigerung des Lebensstandards der eigenen Bevölkerung notwendig sind. Ein derartiger «Sachzwang» bietet heute die wohl beste Gewähr für den Friedenswillen, der hinter den Abrüstungsangeboten der sowjetischen Seite steht. Aber genau diese Erneuerung des sowjetischen Systems wollen jene konservativen Kräfte in Washington oder Bonn verhindern, die an eine Strategie des «Totrüstens» glauben. Das Wettrüsten soll den echten Wettbewerb der Systeme verhindern. Was hat die kapitalistische Welt zu fürchten?

Vielleicht doch mehr, als der triste Alltag in einigen Oststaaten verheisst. Michail Gorbatschow entwirft zur Zeit jedenfalls weitreichende Pläne für die Demokratisierung seines Landes: Die Wirtschaft soll dezentralisiert und die Mitbestimmung der Arbeiter in den Unternehmungen eingeführt werden. Ein Gesetz über Volksabstimmungen ist in Vorbereitung. Ganz offen wird darüber diskutiert, ob bei den Wahlen nicht eine Auswahl zwischen verschiedenen Bewerbern stattfinden könnte. Nicht weniger offen ist die Diskussion über ökologische Fragen. Am Schriftstellerkongress vom Juni dieses Jahres fielen sehr kritische Worte über Tschernobyl und über die projektierten Flussumlenkungen in Sibirien, die inzwischen wegen fehlender Umweltverträglichkeit eingestellt wurden.

Laut dem Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» (20. Oktober) hat Gorbatschow kürzlich ebenfalls vor Schriftstellern die eindrückliche Erklärung abgegeben: «Unser Feind hat uns durchschaut, unsere Atommacht schreckt ihn nicht. Einen Krieg wird er nicht anfangen. Ihn beunruhigt etwas anderes. Wenn sich bei uns eine Demokratie entfaltet, wenn uns das gelingt, dann tragen wir den Sieg davon.» In der Tat, würde sich in der Sowjetunion und in den übrigen Oststaaten eine wirkliche Demokratie entfalten, dann könnte der Antikommunismus auch nicht mehr aus den Perversionen im «real existierenden Sozialismus» einen Schein von Legitimität beziehen. Das wäre eine bedeutsame Vorgabe für den Frieden, wichtiger noch als die sensationellen Abrüstungsangebote, die Gorbatschow in Reykjavik gemacht hat. Und dazu ein Beitrag zur Entfaltung eines nicht nur «real existierenden», sondern eines wirklichen Sozialismus weit über die Oststaaten hinaus.

Befreiende Wirkung erzielt die Sozialisierung der Produktionsmittel ja erst, wenn sie mit einer umfassenden Demokratisierung einhergeht. Wechselt das Produktionsmitteleigentum nur gerade vom Privaten zum Staat, dann wird die Entfremdung noch lange nicht aufgehoben, dann gibt es vielmehr weiterhin Abhängigkeit von Fremdbestimmung, die im Fall eines staatsmonopolistischen Unternehmers noch drückender sein kann als bei einer Vielzahl privatkapitalistischer Arbeitgeber. Wird hingegen die Entscheidung über den Produktionsprozess den arbeitenden Menschen übertragen, dann entsteht endlich die konkrete, weil ökonomisch unentfremdete Freiheit, die all die Freiheitsversprechen des bürgerlichen, vom kapitalistischen Eigentumsbegriff begrenzten (und behinderten) Rechtsstaates erfüllt und übertrifft: «eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist».

«Ohne Kampf gibt das Alte nicht auf», sagte Gorbatschow in seiner Rede vor den Schriftstellern. Dass dieser Kampf in der Sowjetunion aufgenommen und durch Generalsekretär Gorbatschow Teil der offiziellen Politik wurde, ist ein bedeutsames Zeichen zum bevorstehenden Jahreswechsel – und 30 Jahre nach «Ungarn 1956».